

## **Brandt und die Nation Egon Bahr am 08. Mai 2008 in Lübeck**

Das Datum des heutigen Tages legt den Versuch nahe, das Verhältnis von Willy Brandt zur Nation zu betrachten. Das erscheint angebracht, weil dieser Aspekt seiner Haltung und seines Wirkens fast in Vergessenheit geraten ist, auch in der SPD. Außerdem wirkt die Vokabel „Nation“ wie ein verblissenes Relikt in einer Zeit, in der über die Selbstbestimmung Europas, die unaufhaltsame Globalisierung diskutiert wird und die Gefahren ins Blickfeld geraten sind, dass Klimaveränderungen elementare Probleme von Leben und Überleben in unserer Welt aufgeworfen haben.

Nun sind die Stationen des Weges, den Herbert Frahm in Lübeck begonnen und Willy Brandt auf dem Zehlendorfer Waldfriedhof in Berlin beendet hat, durchaus bekannt. Jugend, Exil, Regierender Bürgermeister, Außenminister, Bundeskanzler und Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission, Vorsitz der SPD für 23 Jahre und die behutsame Lenkung der Sozialistischen Internationale sind in zahllosen Veröffentlichungen und Forschungen, nicht zuletzt in der Stiftung dokumentiert, die seinen Namen trägt. Der Befund ist geläufig geworden, dass diesem Mann quasi mehrere Leben mit immer neuen Anläufen beschieden waren, die sich oft aus Niederlagen ergaben; seine Stärken und Schwächen, sein Charisma und die visionären Fähigkeiten neben dem Sinn für Realitäten, das alles kann als bekannt vorausgesetzt werden. Meine mehr als 30-jährige Nähe zu dieser Persönlichkeit ließ aus Respekt Freundschaft wachsen. Das legte die Überlegung nahe, aus der Gesamtheit der Eindrücke, Erfahrungen und

Erlebnisse den unterbelichteten Aspekt seines Verhältnisses zur Nation darzustellen. Aber die Notwendigkeit, die Genauigkeit von Zitaten zu prüfen und sich bei Jahreszahlen nicht auf die Exaktheit des Gedächtnisses verlassen zu dürfen, zwang zur Wiederbeschäftigung mit bekannten Texten. Dazu kam die Publikation seines ersten Buches: „Verbrecher und andere Deutsche“, die mich in der Auffassung bestärkten: Für Willy Brandt hat es drei zentrale Themen in seinem Leben gegeben: Was bedeuten während seiner Zeit die Begriffe: Links, Freiheit und Nation, wie rangieren diese Begriffe unter der übergeordneten Orientierung auf Frieden und was ist davon gültig geblieben?

Als er 1946 das Buch „Verbrecher und andere Deutsche“ für eine norwegische Leserschaft schrieb, zumal mit den Kenntnissen des norwegischen Beobachters bei den Nürnberger Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher, wäre es doch verständlich, vielleicht sogar verkaufsfördernd gewesen, wenn er seine früheren Landsleute mit Abstand geschildert und die damals aktuellen Thesen der deutschen Kollektivschuld vertreten hätte. Stattdessen lehnt er die Kollektivschuldthese ab, wie später der erste Bundespräsident Theodor Heuss, der stattdessen von kollektiver Scham sprach, während Brandt eine kollektive Verantwortung formulierte.

Damit hat er schon einen Grundton angeschlagen, der sich später in vielen Variationen wieder findet, nämlich den, dass niemand aus der Geschichte aussteigen kann. Er schrieb das Buch also unbezweifelbar als Deutscher, der entgegen der Grundstimmung in dem kürzlich befreiten Norwegen um Verständnis dafür warb, dass es auch ein anderes Deutschland während der Nazizeit gegeben hat und gibt. Dazu gehörte Mut. So wurde es in Skandinavien und darüber hinaus auch verstanden und aufgenommen. Das

Buch bedeutete den ersten Akt seines Kampfes für Deutschland und um Deutschland.

Ich mache einen großen Sprung. Brandt war Präsident des Abgeordnetenhauses und dann Regierender Bürgermeister in dem bedrängten West-Berlin geworden, weltweit geachtet, unter dem Druck des Chruschtschows-Ultimatums, mit Schock und Krise des Mauerbaus konfrontiert, als Kandidat Herausforderer des Bundeskanzlers, und genau in dieser Lage 1961 spricht Adenauer von „Brandt alias Frahm“. Diese abgründige Gemeinheit traf mit der Formel, in der falsche Decknamen von Verbrechern bezeichnet werden. Es genügte, den Geburtsnamen zu nennen, um gleichzeitig die in der Adenauerzeit als Makel empfundene uneheliche Geburt und die Emigration in Erinnerung zu rufen. Franz Josef Strauß legte nach: „Wir haben das Recht, Herrn Brandt zu fragen: Was haben Sie 12 Jahre im Ausland getan? Was wir in Deutschland getan haben, wissen wir.“ Die ganze Tiefe des Appells an Vorurteile und niedere Instinkte ging mir im ersten Augenblick nicht auf, vor allem nicht die gewollte persönliche Verletzung; denn die Herkunft empfand ich nicht als einen Makel, für den Brandt verantwortlich war. Den empfindsamen Mann traf der vergiftete Pfeil.

Er reagierte nicht mit überlegener, kühler oder harter Abwehr, sondern kochte vor Wut und Empörung: „Wo sind wir denn eigentlich, dass man sich verteidigen oder rechtfertigen muss für den Kampf gegen ein verbrecherisches System?“ Dieser Aufschrei hat sich in meine Erinnerung eingebrannt. Keine Verdienste um Stadt und Land und keine Anerkennung durch Wahlen, konnten ihn vor einer Vergangenheit bewahren, die als Diffamierung und Fälschung zur Waffe gemacht wurde, und die bis an sein

Lebensende immer wieder benutzbar war.

Wer angesichts einer solchen Perspektive nicht in Depressionen gerät, hätte über eine Elefantenhaut verfügen müssen. Sogar Resignation lag nahe. Brandt hat mit seiner Frau die Rückkehr nach Norwegen erörtert. Nicht aufzugeben war eine persönliche Entscheidung, deren geschichtliche Tragweite beiden nicht bewusst war. Aber für eine offene Auseinandersetzung reichte die Kraft nicht. Die Gegenfrage unterblieb, ob denn Strauß und andere wirklich gewusst haben, was sie durch ihren Dienst im Dritten Reich gern, gezwungen oder missbraucht getan haben, gegen die Interessen ihres Volkes. Das hätte einen Kampf mit der Mehrheit aus der Position einer Minderheit verlangt. Unmittelbar wurde die Kraft gebraucht, um insgesamt 80 Gerichtsverfahren wegen Verleumdung und Fälschung einzuleiten. Die Besprechungen und Beratungen kosteten ungezählte Stunden, die für Besseres fehlten und das Schlimme immer wieder belebten. Erst in einem späteren Abschnitt sollte Brandt einen neuen Anlauf zur Versöhnung seines Volkes mit der Vergangenheit machen.

Wie stark und nachhaltig das Gefühl der Verletzbarkeit auf ihn und sogar auf seine Partei gewirkt hat, drückt sich in der Befangenheit seine Wortwahl aus. Brandt benutzt schon in seinem Aufschrei und danach verallgemeinernd und unpersönlich die Form „man“ und scheut das Personalpronomen „ich“, auch wo es selbstverständlich gewesen wäre. Wir haben darüber gesprochen. Frei davon macht er sich erst in der Rede zur Verleihung des Friedensnobelpreises.

Aber auch danach benutzt er das klare, bestimmende, unzweideutige „ich“ sparsam. Das lag wohl auch in der Mischung aus Erfahrung und

Zurückhaltung, die sich prägend in der skandinavischen Zeit geformt hat. Er hatte auf der einen Seite die großzügige und selbstsichere Atmosphäre einer monarchistischen Demokratie erlebt, die in der Diskussion und Überzeugung auch in der Arbeiterpartei zur solidarischen Geschlossenheit führte. Auf der anderen Seite hatte er die Selbstverständlichkeit der Toleranz gegenüber anderen Meinungen erlebt, dass es mehr als eine Wahrheit gibt und die eigene Standfestigkeit erst das Ergebnis überwundener Zweifel ist.

Das waren die Elemente, mit denen Willy Brandt zurückkam: Ein linker Sozialdemokrat, mit dem Erlebnis, dass eine Minderheit durch Überzeugung zur Mehrheit werden könnte, in sein besiegtes Land. Dabei fühlte er sich frei, freier als Deutschland war. Diese Elemente trugen ihn und ließen Brandt zu dem Glücksfall in der Deutschen Nachkriegsgeschichte werden.

Beginnen wir mit dem Faktor, sich unbelastet von den Verbrechen des Dritten Reiches zu wissen. Weder der Präsident des Abgeordnetenhauses, noch der Regierende Bürgermeister machte den Siegern in der Alliierten Kommandatura seine Aufwartung. Die Herren dort erschienen ihm, auch wenn sie den Rang von Generalen hatten, als gehobene weisungsgebundene Beamte, während er gewählter Vertreter der Bevölkerung war. Zum ersten und einzigen Mal betritt er das Gebäude am 13. August 1961, um kategorisch zu verlangen, dass wenigstens Jeeps auf die Straße geschickt werden, damit die Bevölkerung nicht glaubt, sie sei allein gelassen, während der Bau der Mauer beginnt. Er schimpfte abfällig und unflätig über diese hochmögenden Stadtkommandanten, die ohne Weisung nicht den Mumm hatten, in der Augenblickssituation selbst zu entscheiden. Er scheute nicht, gegen alle Regeln des Protokolls, vorbei an der Bundesregierung sich direkt fordernd an den Amerikanischen

Präsidenten zu wenden, und Aktionen zu verlangen.

Ein Schlüsselerlebnis wurde der Mauerbau. Er zeigte brutal, dass alle vier Mächte den Status quo bestätigten, also die Teilung der Stadt, also auch die Teilung Deutschlands und die Europas erhalten wollten. Natürlich sollte es keinen Krieg geben, wegen der Deutschen schon gar nicht, nicht einmal konflikträchtige Störungen. Als Studenten mit Plastiksprengstoff operierten, musste der Senat die eigene Polizei zum Schutz der Mauer einsetzen. Am schwächsten und exponiertesten Punkt des Westens wurde erprobt, dass deutsche Interessen vor allem durch Deutsche vertreten und etwas bewegen konnten. Passierscheine waren nur mit der DDR zu bekommen, die noch gar nicht so genannt werden durfte. Diese Erfahrung wurde im kleinsten Maßstab gewonnen und wenige Jahre später auf größerer Ebene wiederholt. Außerdem verlor sich die Angst vor dem Kommunismus. Wenn eine auf Weltbeherrschung angelegte Ideologie ihre Menschen einmauerte, überschritt sie einen Kulminationspunkt. Nicht die Ideologie, sondern ihre Panzer waren noch zu fürchten, und dagegen schützte uns das Bündnis. Die Selbständigkeit deutscher Politik muss durch den Westen gedeckt sein: Diese Maxime gewann Brandt schon in Berlin. Das nationale Motiv, nach vielen Rückschlägen, Menschen wieder zurück nach Osten zu bringen und sei es nur für Stunden, bewegte übrigens Springer, mit seinem Konzern das Projekt Passierscheine zu unterstützen. Ihren Erfolg kommentierte Brandt: „Diese Weihnachtswochen dokumentierten, dass wir ein Volk und eine Nation sind.“

Das weiter reichende Ziel, dem Auseinanderentwickeln der Nation entgegen zu wirken, verschwand hinter der vordergründigen Diskussion um die Ausgabedetails in den Passierscheinstellen. Das ist Brandt danach immer

wieder passiert, dass die von ihm ausgelösten Akte und praktischen Vorgänge die Öffentlichkeit ungleich mehr beschäftigten, als die Begründung mit Perspektive. Die Substanz der Nation zu erhalten, erinnerte eher an die zum Ritual gewordene Wiederholung der abstrakten Wiedervereinigung.

Nach seiner Wahl zum Bundeskanzler legten ihm die Beamten einen Brief vor, den er an die drei Botschafter in ihrer Eigenschaft als Hochkommissare schicken sollte, um zu bestätigen, dass er die Einschränkungen anerkenne, die sie bei Erlass des Grundgesetzes 1949 verfügt hatten. Das erschien dem gewählten Bundeskanzler unzumutbar. Er musste lernen, dass Adenauer, Erhardt und Kiesinger einen solchen Brief geschrieben hatten und setzte kopfschüttelnd seine Unterschrift unter die drei Papiere, die auch seinen Nachfolgern Schmidt und Kohl vorgelegt worden sind. Die Existenz dieser Dokumente des deutschen Souveränitätsmangels sind geheim gehalten worden. Das erledigte sich erst durch die Deutsche Einheit. Natürlich bestärkte diese Episode Brandt in seiner Haltung zu einer praktischen Politik, so selbständig zu handeln, wie das unter Beachtung der originären Siegerrechte möglich war. Den Spielraum dazu hatte er zum ersten Mal getestet, als er in Berlin, mit der DDR Passierscheine vereinbaren wollte, dem einzigen Gebiet des Reiches, über das die Vier Mächte nicht verfügt hatten, nachdem sie zwei Staaten zugelassen oder geschaffen hatten.

Zu den drei zentralen genannten Themen seines Lebens gehört ein viertes Thema, das bis in den innersten Kern seines Ichs reichte, den er nach außen abschirmte: Es waren Wunsch und Hoffnung des von seinem Land verstoßenen Sohnes, wieder aufgenommen zu werden, und zwar über den eigentlich demütigenden Akt der Wiedereinbürgerung hinaus, die er erst

selbst beantragen musste. Er wollte in der Mitte willkommen, von der Mehrheit seines Volkes getragen sein. Ich habe ihn das nie so erkennbar formulieren gehört, wie bei der Entgegennahme der höchsten Ehrung für einen Mann in politischer Verantwortung in seinem Oslo: „So nehme ich den Friedens-Nobelpreis 1971 mit dem Ausdruck bewegten Dankes zugleich im Namen derer entgegen, die mir helfen und geholfen haben... Und wenn ich dies hinzufügen darf: Wie viel es mir bedeutet, dass auf meine Arbeit „im Namen des Deutschen Volkes“ abgehoben wurde. Dass es mir also vergönnt war, nach den unauslöschlichen Schrecken der Vergangenheit den Namen meines Landes und den Willen zum Frieden in Übereinstimmung gebracht zu sehen.“ Und etwas später: „Der junge Mann, der seinerzeit verfolgt nach Norwegen verschlagen und ausgebürgert wurde, der spricht heute hier nicht nur allgemein für den europäischen Frieden, sondern auch ganz besonders für diejenigen, denen die Vergangenheit hartes Lehrgeld abverlangt hat.“ In diesen Worten offenbarte sich Bescheidenheit und Stolz dessen, der sich im Dienst für sein Vaterland angenommen und bestätigt fühlte. Der überwältigende Wahlerfolg ein Jahr später war wie das Siegel.

Dennoch starben Gehässigkeit und Verleumdung nicht aus. Wie das Öl, das vernarbte Wunden heilt, empfand er die ehrliche und offene Zustimmung, mit der ihn die Menschen nach dem Fall in der DDR empfingen. Dieser Mann hatte sie jedenfalls nicht vergessen. Gerade der getrennte Teil des Volkes hatte den verstoßenen Sohn an- und aufgenommen. Die Einheit des Landes, eine große Freude und nicht mehr erwartete Genugtuung heilte auch die verletzte Seele.

In drei großen Reden zur Nation entwickelte Willy Brandt Sicht und Absichten seiner Politik. 1960 vor seiner Partei, 1963 vor der Akademie in

Tutzing und 1969 vor dem Bundestag. Alle waren mit besonderer Sorgfalt erarbeitet, alle sind noch heute lesenswert und vor allem entsprechen alle einer erstaunlichen Kontinuität, einer Weiterentwicklung seines Konzepts bei unveränderter Grundhaltung. Wer gewollt hätte, wäre imstande gewesen, die Politik Brandts vorzusehen, ohne Überraschungen erleben zu müssen. Alles war angekündigt, was er machen würde, sobald er konnte. Wenn dennoch seine Grundlinie zur deutschen Selbstbestimmung wenig beachtet und gewürdigt wurde, lag es in der jeweiligen aktuellen Neuigkeit, auf die sich die öffentliche Aufmerksamkeit richtete.

Das war 1961 die Kanzlerkandidatur. Die SPD hatte sie nach amerikanischem Vorbild für die Bundesrepublik erfunden. Erich Ollenhauer blieb unbestritten Parteivorsitzender, der die Selbstverständlichkeit seines Anspruchs auf Kanzlerschaft nicht zum Thema machte. Das ist danach noch zweimal passiert, als Kohl Franz-Josef Strauß und als Merkel Edmund Stoiber den Vortritt ließen. Wer immer sich gegen einen gewählten Parteivorsitzenden wendet, schadet seiner Partei wie sich selbst. Die Kanzlerkandidatur ist inzwischen zu einer Institution geworden, die nicht in der Verfassung steht.

1963 hatte Brandt in Tutzing Flagge gezeigt unter der Überschrift: „Denk ich an Deutschland“. In der öffentlichen Beachtung wurde aber im wesentlichen über einen kleinen Diskussionsbeitrag unter der Überschrift „Wandel durch Annäherung“ diskutiert, den er gebilligt hatte und der exemplifizierte, was seine Rede für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten bedeutet. Das Wichtige blieb unbeachtet, deutsche Vorstellungen zur Lösung der deutschen Frage zu suchen. „Das geht nur mit der Sowjetunion und nicht gegen die Sowjetunion.“

In beiden Reden sprach er über die Notwendigkeit, die Gesamtheit der Deutschen Geschichte zu sehen und nannte dafür „Otto von Bismarck und August Bebel, Friedrich Ebert und Gustav Stresemann, Julius Leber und Graf Stauffenberg, Ernst Reuter und Theodor Heuss“. Bismarck an die Spitze zu setzen, war vor der Partei gewagt. Drei Jahre später gibt es bemerkenswerte Änderungen der Idee, durch Namen die Einheit unseres schwierigen Vaterlandes zu begreifen: In Tutzing hörte sich das so an: „Bismarck und Bebel gehören dazu, Hindenburg und Ebert, Goerdler und Leber, Adenauer und Schumacher, aber eben auch Hitler und Ulbricht.“ Die wachsende Courage bei wachsender Aktualisierung gäbe Stoff für interessante Leitartikel.

Die erste Regierungserklärung des Bundeskanzlers schließlich wurde innenpolitisch von der Diskussion über die Fanfare „Mehr Demokratie wagen“ bestimmt, außenpolitisch von der Sensation, dass die DDR erstmals als Staat bezeichnet wurde, auch wenn sie nicht Ausland sein konnte. Die Opposition steigerte ihre verbissene Ablehnung fundamentalistisch bis zu dem Höhepunkt, dass sie in voller Isolation allein blieb und mit der Ausnahme Albanien die europäische Sicherkonferenz in Helsinki 1975 ablehnte. Erst Kohl versöhnte sich und die Union mit den durch Brandt und Schmidt geschaffenen Tatsachen.

In die genannten drei Grundsatzreden fügen sich die Vorlesungen ein, die Brandt an der Universität Harvard hielt. Sie fanden 1962 statt, ein Jahr nach dem Bau der Mauer und den damit verbundenen Spannungen zum Weißen Haus und wenige Monate nach dem öffentlichen Sterben Peter Fechtens, dem ein Amerikaner nicht helfen durfte, weil das Opfer auf die Ostseite

gefallen war. Das führte zu den ersten antiamerikanischen Demonstrationen in Berlin nach dem Krieg. Es zeugte von beachtlichem Selbstbewusstsein, in Amerika für eine Politik der Transformation zu werben, für eine Politik der friedlichen Veränderung des Ost-West-Konflikts, eine Politik des friedlichen Risikos. „Des Risikos deshalb, weil bei dem Wunsch, den Konflikt zu transformieren, wir selber für die Einwirkung der anderen Seite offen sind und sein müssen.“ Die Perspektive, dass auf die Dauer Polen gegenüber möglich sein müsse, was gegenüber Frankreich erreichbar war, verband er mit der Überzeugung, dass wir Jene nicht gering achten dürfen, die sich aus freier Entscheidung zu einer anderen Lebensweise entschlossen haben. In diesem Zusammenhang bat er um Verständnis, dass die deutsche Außenpolitik die verbliebenen Eierschalen der ersten Nachkriegsjahre abstreift, also selbständiger und auch unbequemer wird. Nachdem man uns auf den Weg geholfen hat, müssen wir „nun selber gehen“. „Vertrauen unserer Freunde werden wir nur bewahren, wenn wir mit ihnen unseren selbständig erarbeiteten Anregungen, Einwände und Vorschläge besprechen, um dann unser Gewicht vollen Herzens in die Waagschale werfen zu können.“ Hier sprach einer, der sich eigene Initiativen vorbehielt und eine deutsche Außenpolitik ankündigte, die sich nicht in der Akklamation erschöpfte. Präsident Kennedy, der die Harvard-Lectures gelesen hatte, ermutigte ihn. Das Weiße Haus hatte die ständige Blockierung durch Bonn ohne eigene Vorschläge zu machen satt.

Gerade weil das Gleichgewicht des Schreckens einen Spielraum gibt, um die starren Fronten in Bewegung zu setzen, sprach Brandt vor der Gesellschaft für Außenpolitik in New York (1964) im gleichen Sinne und fügt hinzu, dass De Gaulle die Kühnheit und Eigenwilligkeit besitzt, das Undenkbare denkt und begonnen hat, daraus Folgen zu ziehen, und

„manchmal frage ich mich als Deutscher: Warum eigentlich nur er?“

In den gesamten Komplex fügt er die Nation ein. „Niemals darf es Unberufenen und Unwürdigen möglich werden, sich die Fahne der Nation anzueignen. Selbst wenn wir wollten, können wir nicht auf das Selbstbestimmungsrecht verzichten.“ Er hat in strategischer Voraussicht, das seinige getan, um gerade in den USA Klarheit über Haltung und Richtung seiner künftigen Politik zu schaffen.

Schließlich hat Brandt auf dem Parteitag 1966 ausgeführt: „Kein Volk kann auf die Dauer leben....wenn es nicht „ja“ sagen kann zum Vaterland...Auch wenn der Nationalstaat als Organisationsform gewiss nicht das letzte Ziel politischer Ordnung bleibt, die Nation bleibt eine primäre Schicksalsgemeinschaft. Sie bleibt die Hülle unserer inneren Ordnung, wahrscheinlich noch für lange Zeit, selbst im Zeitalter der Großraumverbände. Das innere Gefüge und das Bewusstsein der Nation sind dem europäischen Zusammenschluss gleichgeordnet, nicht ihm einfach untergeordnet. Die Nationen werden in überschaubarer Zeit ebenso wenig verschwinden, wie die Staaten absterben.“

Mehr als 40 Jahre später kann man nur feststellen, wie treffend diese Vorausschau gewesen ist, zutreffender als er sie sich selbst gewünscht hat; denn 1970 hat er sich nicht vorstellen können, dass es Europa auch 20 Jahre später noch nicht geschafft hat, mit einer Stimme zu sprechen und ganz sicher nicht, dass nochmals 20 Jahre später, also 2010 wahrscheinlich immer noch kein Datum genannt werden kann. Aber der Komplex Europa ist heute nicht Hauptthema.

Die Darstellung des Zeitabschnitts, in der Brandt die Richtlinien der Politik bestimmt hat, kann relativ kurz sein, um ermüdende Wiederholungen zu vermeiden. Außerdem überschneiden und durchdringen sich die einzelnen Teile seiner Politik zu einem geschlossenen Ganzen, das keine Überraschungen birgt. Es gibt eine Ausnahme: Wenn er nun durchführt, was er wollte, ist das für ihn selbstverständlich und nicht neu. Das trifft aber nicht auf die deutsche Öffentlichkeit zu. Die hat ihn nicht ernst genommen mit der Erklärung zum Beispiel, dass die Einheit nicht auf der Tagesordnung der internationalen Politik steht und dass wir überhaupt nun erst die Voraussetzungen schaffen müssen, damit aus diesem Ziel wieder ein, wenn auch anders als früher zu sehende Aufgabe der Politik wird. „Die eigentliche Bewährungsprobe der deutschen Außenpolitik liegt noch vor uns.“ Die erste Regierungserklärung ist unausgesprochen ein prächtiges Beispiel für die unwidersprechbare Weisheit Brandts. „Wer neue Ziele anvisiert, wird zugeben müssen, dass nicht mehr alles stimmt, was bis gestern als letzte Wahrheit verkündet wurde.“ Gerade weil er wahrhaftig eingesteht, dass an eine baldige grundlegende Änderung nicht denken ist, führt er den jährlichen Bericht „Zur Lage der Nation“ ein. Es war also eigentlich wenig verwunderlich, wenn der Kanzler von Misstrauen begleitet wurde, sogar von Verdächtigungen und während seiner ganzen Regierungszeit seine Linie begründete, erläuterte und letztlich verteidigte.

Die Ost- und Entspannungspolitik sah Brandt in ihrer möglichen vollen geopolitischen Dimension. Öffentlich hatte er darüber nicht gesprochen. Das lag zum einen daran, dass es ganz ungewiss war, ob der Ansatz, der Anfang 1970 mit Sondierungen in Moskau begann, überhaupt funktionieren würde; dann, ob er operationell bei den zahlreichen internationalen und innerpolitischen Beteiligten durchsetzbar wäre und schließlich seiner

unglaublichen Fähigkeit, Vision und Realitätssinn zu verbinden. Bei der Vorbereitung der Harvard-Lectures, die den Amerikanern die unpopuläre Koexistenz nahe bringen sollte, führte die Erörterung, die man heute Brainstorming nennt, zu dem Gedanken, dass die große Auseinandersetzung unseres Jahrhunderts zwischen Ost und West, zwischen Kommunismus und Kapitalismus, im Grunde auf die Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zurückzuführen ist, zwischen Diktatur und Demokratie. Es könnte eigentlich nur logisch sein, wenn bei diesem Kampf das Gebiet, von dem das ausgegangen ist, also Deutschland, eine Art von Schlüsselfunktion erhält. Die Idee der Entspannung könnte die Methode sein, diese gefährliche Konfrontation zu transponieren, also friedlich und ohne Krieg aufzulösen. Das würde sogar den Deutschen die geschichtliche Aufgabe stellen, Osteuropa von der Krankheit zu heilen, die sich Kommunismus nennt. Brandt fasste sein Fazit in die ernste Mahnung: „Sprich nie darüber. Man würde uns für Hochstapler halten.“ Aber bewusst war ihm wohl, welches Veränderungspotential in der Deutschen Einheit lag, wenn sie zusammen mit konventioneller Nichtangriffsfähigkeit gesamteuropäische Sicherheit schaffen würde.

Das Ende der Sowjetunion wurde nicht gedacht. Bis 1990 sah keine Regierung Grund, sich auf das Ende der Sowjetunion ein Jahr später vorzubereiten. Unter dieser fundamentalen Einschränkung müssen auch alle internationalen wie nationalen Erklärungen und Entscheidungen gesehen werden, die vor 1991 abgegeben worden sind. Die Implosion eines Weltreiches wurde nicht vorausgesehen.

Als die erste Regierungserklärung vorbereitet wurde, hatte Brandt in den

Entwurf hineingeschrieben, dass die DDR ein Staat, wenngleich nicht Ausland wäre. Das erschien mir eine bedenkliche Vorleistung zu sein. Er argumentierte dagegen: „In großen Fragen muss man bereit sein, sein Herz am Anfang über die Hürde zu werfen.“ Scheel entschied: „Wir sollten das so machen, wie der Bundeskanzler das will.“ Es war gerade die Entschiedenheit der neuen Formulierung, die in Moskau ausschlaggebend dafür wurde, mit dieser neuen Regierung lohne es sich ernsthaft zu sprechen.

Es gab dann keine Diskussion, den „Brief zur Deutschen Einheit“ zu schreiben; nicht zur Wiedervereinigung, ein Wort, das im Grundgesetz gar nicht vorkam, sondern zur Bestätigung, dass der Moskauer Vertrag die Perspektive des deutschen Ziels auf Selbstbestimmung offen hielt.

Der Vertrag war noch gar nicht ratifiziert, das Problem zu einer Berlinregelung noch in der Schwebe, also noch offen, ob und wie das alles in trockene Tücher kommen würde, als in Oreanda bereits über die nötige Fortsetzung, nämlich Abrüstung gesprochen wurde. Der deutsche Kanzler stürmte gewissermaßen durch Stationen, sich seiner langfristigen Konzeption sicher. Dabei wusste er die Bereitschaft des sowjetischen Generalsekretärs zu würdigen, seinen guten Willen dadurch zu honorieren, als ob die Verträge schon gültig wären.

In Oreanda auf der Krim wurde der Grundstein des persönlichen Vertrauens zwischen Brandt und Breschnew gelegt. Es wuchs während der ganzen Zeit der Kanzlerschaft zu einer hilfreichen Offenheit und hielt auch darüber hinaus, während Breschnews Kraft langsam erlosch. Es war ein verlässlicher Kredit für das Land, der erst wieder zwischen Kohl und Jelzin

und zwischen Schröder und Putin angestrebt wurde. Keiner hat den anderen in die Irre geführt oder getäuscht; eine seltene Erfahrung, eine seltsame dazu; denn bis zu ihrer Begegnung war für Breschnew Ulbricht der westlichste Gesprächspartner gewesen, während für Brandt Breschnew der östlichste wurde, den er bis dahin getroffen hatte.

Die in Oreanda erarbeitete Formel „Reduzierung der Rüstung ohne Nachteil für die Beteiligten“ wurde später zur „gemeinsam ausbalancierten Streitkräftereduktion“, englisch abgekürzt MBFR. Die Verhandlungen darüber dauerten schrecklich lange, bis sie durch Gorbatschow wieder flott gemacht und zu dem größten konventionellen Abrüstungsvertrag der Geschichte wurden (1990). Er wurde die Basis für 18 Jahre der konventionellen Stabilität in Europa bis heute. Sie hat die Deutsche Einheit, das Ende des Warschauer Pakts, das Ende der Sowjetunion und sogar die Ausweitung von EU und Nato überstanden. Bisher. Sie stünde in Frage, falls die USA Raketen in Polen stationieren würden.

Es steht außer Zweifel, dass nur ein Deutscher das einleiten konnte, der in Ost und West Vertrauen erworben hatte. Es basierte auf seiner untadligen Gegnerschaft zum Nazireich, seiner Standfestigkeit in der Verteidigung von Berlin (West) und in der Glaubwürdigkeit seiner ehrlichen Entspannungsbemühungen. Keine dieser Eigenschaften durfte fehlen. Es gab in der gegebenen Lage keinen Anderen. Das machte ihn zum Glücksfall für das Land, sogar für Europa, ohne den die Geschichte anders verlaufen wäre.

Natürlich war Brandt sich bewusst, dass mit dem Transitabkommen für den unbehinderten Verkehr von und nach Berlin zum ersten Mal in einer vitalen Frage nicht mehr die Vier Mächte ohne die Beteiligung der beiden

deutschen Staaten entscheiden konnten. Das Modell 4 + 2 war geboren, das 19 Jahre später logisch zu 2 + 4 führen sollte. „Mit unserem Anteil an der Einheit können wir ganz zufrieden sein“, schmunzelte Brandt.

Natürlich haben alle Nachbarn den Zuwachs an Gewicht und internationaler Reputation registriert und nicht ohne Misstrauen verfolgt, den die Bundesrepublik erreichte. Aber alle waren eben sicher, dass bei einem solchen Mann an der Spitze keine Gefahr für sie erwuchs. Adenauer, der seiner Bevölkerung misstraute, nutzte sein persönliches Vertrauen bei seinen Kollegen in Brüssel, um sie zu beschwören, die Bundesrepublik unlösbar in die westliche Gemeinschaft einzubinden, „so lange er noch im Amt ist“. Brandt, in Warschau, frei von persönlicher Schuld bat durch den Kniefall um Vergebung für sein Volk.

Der Gesichtspunkt der Versöhnung hatte schon 1966 eine Rolle gespielt, als Brandt nach Bonn ging, weil er dort wirksamer für Berlin arbeiten konnte. Die Große Koalition brachte das ehemalige Mitglied der NSDAP, Kiesinger neben den ehemaligen Emigranten an den Kabinetttisch; beide Partner mussten als Kröten außerdem Strauß und Wehner schlucken. Die Zusammenarbeit löste große Probleme oder was man damals dafür hielt. „Gleiche Rechte für alle Staaten“ proklamierte der Außenminister auf der Konferenz der Nichtkernwaffenstaaten in Genf (1968) mit der Vorstellung, die Bundesrepublik zum Sprecher dieses Grundsatzes zu machen. Dazu wollte er die Absicht verkünden, den Nichtverbreitungsvertrag zu unterzeichnen. Praktisch verbot ihm das Kiesinger – vielleicht nachdem Strauß wider besseres Wissen den Vertrag als „Super-Versailles“ verleumdete. Seine immer noch dünne Haut ließ ihn ausbrechen: „Wie

komme ich dazu, mir von einem alten Nazi Vorschriften machen zu lassen?“  
Nur die Vernunft hielt ihn ein Jahr vor den Wahlen ab, durch Rücktritt die Koalition platzen zu lassen.

In Frühzeiten der Bundesrepublik hatte Adenauer erklärt: „Die Mehrheit des deutschen Volkes ist gegen das Naziregime gewesen“. Als die Alliierten Deutsche durch Buchenwald und Dachau führten, um zu zeigen: „Das habt ihr gemacht“, differenzierte Brandt: „Das hatten die ja nicht gemacht; das haben sie möglich gemacht“. Brandt respektierte den alten Herrn für die bedeutenden Leistungen der Integration von Heimatvertriebenen und Millionen Mitgliedern der NSDAP und ihrer faktischen Amnestie. Das ist meine Bezeichnung für die Entscheidung Adenauers Globke zum obersten Beamten im Bundeskanzleramt zu ernennen. Mit dem Blick auf die Ostdeutschen verlangte Brandt, dass sie nicht nachträglich mit anderen Maßstäben gemessen werden dürfen, als die Hinterbliebenen des Dritten Reiches.

Die Versöhnung unseres Volkes mit sich selbst, verlangte, aus der Mehrheit der Besiegten, für die Adenauer stand, eine Mehrheit zu machen, die sich befreit fühlen konnte. Diesen Spannungsbogen hatte Richard von Weizsäcker in seiner großen Rede zum 8. Mai 1985 deutlich gemacht. Das verlangte Ehrlichkeit gegenüber der eigenen Geschichte. Mit der Erklärung in Warschau: „Deutschland nimmt das Ergebnis der Geschichte an“ stellt Brandt sein Land auf eine Stufe mit den zivilisierten Staaten Europas, die ohne territoriale Ansprüche an ihre Nachbarn friedlich ihren Interessen folgen.

Es war ein langer Weg bis Brandt für den Wahlkampf 1972 formulieren ließ:

„Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land“.

In der Bilanzierung der drei zentralen Themen, kann der Gewaltverzicht noch immer Orientierung geben. Dass Grenzen, wie immer sie zustande gekommen sind, nur in gegenseitigem Einverständnis geändert werden dürfen, hat vom Moskauer Vertrag über Helsinki in der Charta von Paris 1990 den Charakter einer europäischen Konvention gewonnen. Sie garantiert Sicherheit und Stabilität. Die Folge ihrer Missachtung ist im ehemaligen Jugoslawien zu beobachten. Das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit könnte auch bei der Lösung anderer internationaler Konflikte nützlich werden.

Dabei rückt der Begriff des Friedens an die Spitze der Werteskala. Brandts Maxime: „Friede ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“ berücksichtigt die Rangfolge, die den Menschenrechten in der Charta der Vereinten Nationen gegeben wird. Dort wird erst die Not und dann die Furcht genannt. Das Recht auf Leben ist noch wichtiger, als die politische Freiheit. Nur wer nicht verhungert, kann für Demokratie kämpfen. Nur wenn es keinen Krieg gibt, kann es keine Vertriebenen geben. Natürlich gilt das Recht auf Selbstverteidigung und natürlich gelten die Grundwerte, die bei uns anders aussehen, als bei Anderen, aber das alles kann erst interpretiert und erstritten werden, wenn es keinen Krieg gibt.

Das verbindet auch die Begriffe „links“ und „frei“. Ob denn nicht das Zeitalter der Sozialdemokratie vorbei sei, beantwortete Brandt: „Solange so viele Menschen an Hunger sterben, kann die Idee nicht sterben“. Er würde, wenn er lebte, dasselbe mit größerem Nachdruck wiederholen. Die empörende Schande, dass Menschen Geld fehlt, um sich Lebensmittel zu kaufen, oder

die Verletzung der Menschenwürde, durch Arbeit nicht das Lebensminimum finanzieren zu können, während Andere zum „Maß halten“ aufrufen, würde er als Konsequenz einer Gesellschaft sehen, deren Egoismus und Gewinnstreben nicht zu moralischen Ergebnissen führen kann.

So lange es auch gedauert hat, von ganz links bis in die Mitte zu kommen: Brandt ist dadurch kein Rechter geworden. Dafür stehen die Gespräche mit Gorbatschow, ob das Schisma zwischen den Parteien mit gleichen Wurzeln nicht überwindbar wäre, wie seine nicht gehörte Empfehlung nach der Wende, Mitglieder der SED, die schuldfrei geblieben sind, sollten Mitglied der SPD werden können. Schließlich sein innenpolitisches Ziel einer Mehrheit links von der CDU und sein Ausspruch: „Je älter ich werde, umso linker werde ich.“

Zwei Sätze von Brandt. Der Eine: „Die Nation ist die primäre Schicksalsgemeinschaft. Sie zu ignorieren wäre widernatürlich“. Der Andere: „Nur ein guter Deutscher kann ein guter Europäer sein“. Das ist kein Widerspruch. Beide Sätze gelten, falls der Europäische Vertrag, den Brandt nicht mehr erlebt hat, hoffentlich ratifiziert wird. Durch ihn hat Deutschland von seinem Traum einer Föderation für geraume Zeit Abschied nehmen müssen und sich allen anderen Partnern angeschlossen, die Europa im Nebeneinander der Nationalstaaten bauen wollen.

Deutschland kann der Nation nicht entkommen, aber nur in Europa findet es das Instrument der eigenen voll zu entfaltenden Wirksamkeit. „Stolz, aber nicht überheblich“ muss die Selbstverständlichkeit gewonnen werden, als normaler Staat wie jeder andere unsere Interessen zu vertreten. Von der Verantwortung für unsere internationalen Entscheidungen entbindet uns

ohnehin kein Partner und kein Freund. Bei richtiger Einschätzung unserer Mittel kann Deutschland sogar führend sein, wenn es für gute Ideen ausreichende Unterstützung findet. Umgekehrt braucht es keine Furcht zu haben, sich wie beim Irak-Krieg nicht einbinden zu lassen.

So sehr der Nationalstaat an Gewicht verloren hat, so unentbehrlich bleibt er. Nicht einmal Europa, Globalisierung und moderne Technologie ändern das. Der Nationalstaat entscheidet über die Ausbildung seiner Jugend und darüber, ob er Soldaten in gefährliche Missionen schickt; vor allem bleibt er die Einheit, die darüber entscheidet, ob er Recht und Kompetenzen auf größere Einheiten überträgt und der eigenen Souveränität entzieht. Doch die Nation ist mehr als das Organ, das Pässe ausstellt, Autobahnen baut und die Altersversorgung sichern muss. Der Staat ist Heimat, Geborgenheit, Zugehörigkeit, also das, was der verstoßene Sohn wiedergewinnen wollte. Junge Menschen entdecken und genießen in der Grenzenlosigkeit des Internets ihre neue Welt und glauben, ihr Glück erjagen und finden zu können, auch ohne Vaterland. Das ist ihr gutes Recht. Aber sie werden ärmer und verlieren etwas, was sich nicht mit Euro oder Dollar bezahlen lässt. Und viele könnten eines Tages das Gefühl der Bindung, der vertrauten Gesellschaft, der heimischen Umwelt vermissen.

Ist es wirklich altmodisch, das so zu sehen? Oder stimmt es immer noch, was Brandt 1965 bei der Verleihung einer Ehrendoktorwürde in Amerika erklärt hat: „Es wird die Aufgabe der deutschen Politik in den nächsten Jahren sein, dafür zu sorgen, dass das nationale Bewusstsein des deutschen Volkes ein Gleichgewicht findet. Das nach Exzess und Negation das wahre Maß des Nationalgefühl gefunden wird, das frei ist von Überheblichkeit und getragen ist von gutem Willen gegenüber anderen

Menschen und allen Nationen. Ob das gelingt, wird die eigentliche Entscheidung über das Schicksal der Demokratie in Deutschland sein“. Diese Entscheidung ist 2008 noch nicht gefallen.

Brandt und die Nation – das ist die Geschichte eines Mannes, der sich seine Grabinschrift treffend selbst formuliert hat „Man hat sich bemüht.“